

CDU und SPD wollen MTZ nicht anbinden

Frankfurter Westen. Der Ortsbeirat 6 ist dagegen, dass die geplante Regionaltangente-West ans Main-Taunus-Zentrum (MTZ) angebunden wird. Die Grünen-Fraktion hatte eine Trassenführung nördlich der A 66 mit Anbindung ans MTZ ins Spiel gebracht – als eine von drei Varianten zum derzeit geplanten Verlauf der Schienenstrecke. Der Magistrat sollte prüfen, ob die MTZ-Variante umweltverträglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Hans-Christoph Weibler wandte sich gegen die Anbindung des Einkaufszentrums: „Sie würde alle Bemühungen für Höchst konterkarieren“, sagte der CDU-Stadtteilpolitiker. Hubert Schmitt, Fraktionsvorsitzender der SPD, schloss sich dieser Meinung an: „Es besteht die Gefahr, dass der Einzelhandelsstandort Höchst benachteiligt wird, außerdem würde die Anbindung eine große Schleife in der Trasse notwendig machen.“

Thomas Schlimme (Grüne) argumentierte, dass der Ortsbeirat die Realitäten anerkennen müsse: Das MTZ bestehe nun mal und somit auch die Verkehrsströme dorthin. „Letztlich kann man sich gegen das MTZ nicht behaupten, indem man die Verkehrsverbindung kappt.“ Es gehe bei der Anbindung nicht darum, eine Verbindung zu kappen, sondern darum, eine neue aufzubauen, wandte Uwe Serke (CDU) ein.

Für die Prüfung der beiden ersten Varianten, die die Grünen vorschlagen, stimmte das Stadtteilgremium einstimmig: Variante eins sieht eine Trassenführung eng an der Südseite der Autobahn bis zum Gewerbegebiet Wilhelm-Fay-Straße vor; Variante zwei eine Trassenführung über die Autobahn bis hin zum Camp Eschborn.

Für die MTZ-Variante stimmten nur die Grünen und die Linke/WASG. Die Prüfung von Alternativen zur derzeit geplanten Streckenführung erscheint den Grünen vor allem zum Schutz des Landschaftsschutzgebiets Sulzbachwiesen sinnvoll. Um die Wiesen zu schützen, hat sich in Sossenheim sogar eine Bürgerinitiative gegründet. (chc)

Frankfurter Neue Presse 09.11.2006

Finanzpolster schmilzt: Sikorski geht das Geld aus

Frankfurt. Bei seinem Amtsantritt hat der neue Verkehrsdezernent Lutz Sikorski (Grüne) eine gut gefüllte „Kriegskasse“ vorgefunden. Rund 93 Millionen Euro waren am Jahresende 2005 im Topf der Stellplatzablässe. Sie stammen in erster Linie von Bauherren der Hochhäuser, die nur eine beschränkte Zahl von Parkplätzen errichten können und zum Ausgleich hohe Beträge an die Stadt zahlen müssen. Damit finanziert die Stadt vor allem Parkhäuser, U-Bahnen und Radwege. Doch seit nicht mehr so viele Büros gebaut werden, schmilzt das Finanzpolster Jahr für Jahr. „Spätestens 2009 ist kein Geld mehr vorhanden“, warnte Sikorski im Verkehrsaus-schuss. „Darüber müssen wir uns unterhalten.“

Im nächsten Jahr sieht die Situation noch ganz gut aus. Als größte Straßenbauprojekte nannte Sikorski die insgesamt 20,5 Millionen Euro teure Verlängerung der Leunastraße, die Erneuerung der Alten Brücke (21,7 Millionen Euro) und die Beseitigung des Bahnübergangs Lachweg/Berkersheimer Weg (6,2 Millionen Euro bis 2010). Für die Verkehrserschließung im Zusammenhang mit dem Neubau der EZB sind in den nächsten Jahren 37 Millionen Euro vorgesehen. Die neue Brücke über den Main ist noch gar nicht dabei, für sie ist noch einmal mit 58 Millionen Euro zu rechnen.

Beschleunigen will der Stadtrat die Busbeschleunigung. In den vergangenen Jahren seien aus Kapazitätsgründen nur wenige der beschlossenen Maßnahmen umgesetzt worden, sagte er.

Vier Linien wolle er zusätzlich in Angriff nehmen, kündigte er im Verkehrsausschuss an. Geld für die Buslinien 32, 36 und 55 eingestellt, für die Straßenbahnlinie 12 gebe es zumindest Planungsmittel.

Beim Bau neuer Fahrradrouten habe sich in den vergangenen Jahren „die Schere zwischen den beschlossenen Maßnahmen und dem Vollzug“ weiter geöffnet, klagte Sikorski. Für nächstes Jahr kündigte er Radrouten im Bahnhofsviertel und in der Fahrgasse, die Ostparallele der Eschersheimer Landstraße sowie Radwege an der Mörfelder Landstraße und an der Wilhelm-Epstein-Straße an.

Für den im schwarz-grünen Koalitionsvertrag vorgesehenen Straßenbahntunnel unter dem Ratswegkreisel hat Sikorski für nächstes Jahr 500 000 Euro Planungsmittel eingestellt. Als weitere wichtige Projekte des öffentlichen Nahverkehrs nannte er den Ausbau der S-Bahn nach Bad Vilbel, die Straßenbahn nach Preungesheim und die Erneuerung des Rödelheimer Bahnhofs. Für die Stadtbahn zum Riedberg stünden nach wie vor 31,5 Millionen Euro zur Verfügung. Noch kein Geld sei für die Regionaltangente West und die nordmainische S-Bahn eingestellt. Es gebe noch keine belastbaren Kostenschätzungen, sagte Sikorski. (mu)

TaunusZeitung 10.11.2006

Regionaltangente West: „Frankfurt steht in der Pflicht“

Hochtaunus. Mit Erstaunen haben Landrat Ulrich Krebs und Bad Homburgs Oberbürgermeisterin Dr. Ursula Jungherr (beide CDU) auf die Ankündigung des Frankfurter Verkehrsdezernenten Lutz Sikorski (Grüne) reagiert, wonach die Mainmetropole in ihrem Haushalt für 2007 keine Mittel für die Regionaltangente West (RTW) einplanen wird (die TZ berichtete).

„Die Stadt Frankfurt am Main steht in der Pflicht, im Haushalt für das Jahr 2007 Mittel für die Planung der RTW West bereitzustellen“, betonen hingegen Krebs und Jungherr in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Die RTW als direkte Schienenverbindung zwischen dem Bad Homburger Bahnhof, dem Frankfurter Flughafen und Neu-Isenburg sei schließlich „eines der bedeutendsten Verkehrsprojekte für den Frankfurter Westen, den Nordwesten und die benachbarten Kommunen“ und werde der gesamten Region „langfristig nutzen“. Vor diesem Hintergrund bestehe ja auch die Einigkeit, möglichst bald mit der Planung zu beginnen, erinnern Krebs und Jungherr: Die Stadt Frankfurt habe den Kommunen in der Region Zusagen gemacht, an die auch der neue Dezernent Sikorski gebunden sei. Außerdem verweisen Krebs und Jungherr darauf, dass die RTW vom Rat der Region im Februar einstimmig beschlossen worden ist und dass es bereits zahlreiche Sitzungen gab, in denen eine ausführliche, „im Ergebnis positive“ Nutzen-Kosten-Analyse für das Projekt erarbeitet worden sei. „Die Stadt Frankfurt war an allen diesen Sitzungen beteiligt“, so der Landrat und die Oberbürgermeisterin abschließend, „und es kann nicht sein, dass diese Analyse nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben ist.“ (os)

Frankfurter Rundschau

Regionalausgabe R7 (Hoch- und Main-Taunus) 10.11.2006

Regionaltangente

Jungherr und Krebs sind sauer auf Frankfurt

Bad Homburg · „Frankfurt am Main steht in der Pflicht, im Haushalt für das Jahr 2007 Mittel für die Planung der Regionaltangente West bereitzustellen.“ Darauf wiesen Landrat Ulrich

Krebs und Oberbürgermeisterin Ursula Jungherr (beide CDU) gestern in einer gemeinsamen Erklärung hin. Anlass dazu sind Äußerungen des Frankfurter Verkehrsdezernenten Lutz Sikorski (Die Grünen). Dieser hatte laut Zeitungsberichten in einer Ausschusssitzung gesagt, er habe im Etatentwurf 2007 für die Regionaltangente West kein Geld bereitgestellt, weil es noch keine belastbaren Kostenschätzungen gebe.

„Die Regional-Tangente-West ist eines der bedeutendsten Verkehrsprojekte für den Frankfurter Westen, den Nordwesten und die benachbarten Kommunen“, schreibt Jungherr. „Die geplante Schienenverbindung zwischen Bad Homburg, dem Flughafen und Neu-Isenburg wird der gesamten Region langfristig nutzen. Es besteht vor diesem Hintergrund Einigkeit, möglichst bald mit der Planung zu beginnen. Die Stadt Frankfurt hat den Kommunen in der Region Zusagen gemacht, an die Herr Sikorski gebunden ist.“

Landrat und Oberbürgermeisterin verweisen auf zahlreiche Sitzungen, in denen eine ausführliche, im Ergebnis positive Nutzen-Kosten-Analyse für das Projekt erarbeitet worden ist. „Die Stadt Frankfurt war an allen diesen Sitzungen beteiligt“, rügten Krebs und Jungherr, „es kann nicht sein, dass diese Analyse nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben ist.“ che

SCHERF

© Copyright Frankfurter Rundschau
Ausgabe: Regionalausgabe R7 (Nr. 262)
Datum: Freitag, den 10. November 2006
Seite: 29

Höchster Kreisblatt 14.11.2006

LESERBRIEFE

Kirchturnpolitik von CDU und SPD

Zu unserem Bericht „CDU und SPD wollen MTZ nicht anbinden“ (HK vom 7.11.):

Die im Antrag der Grünen-Fraktion im Ortsbeirat 6 aufgeführten Alternativstrecken wurden von der Bürgerinitiative Regionaltangente West erarbeitet und allen politischen Gremien vorgestellt. Auch die Alternativstrecke – Anbindung an das Main-Taunus-Zentrum (MTZ) – gehört dazu. Hintergrund dieser erarbeiteten Alternativstrecken ist neben dem Schutz des Landschaftsschutzgebietes Sulzbachwiesen, welches mit einer derartig reichhaltigen Lebensraumkomplexität in einem im Juni 2005 veröffentlichten Senckenberg-Gutachten als eine Seltenheit im Frankfurter Stadtgebiet bezeichnet wurde, auch der Lärmschutzgedanke für die von der angrenzenden A 66 geplagten Bürgerinnen und Bürger.

Warum die Prüfung der Alternativstrecke „MTZ-Anbindung“ mit der Begründung abgelehnt wurde, der Einzelhandelsstandort Höchst würde dadurch benachteiligt werden, ist nicht nachvollziehbar. Die geplante Regionaltangente West (RTW) erreicht in nur wenigen Minuten das Neu-Isenburg-Zentrum und das Nordwest-Zentrum! Warum diese Einkaufszentren den Einzelhandelsstandort Höchst nicht benachteiligen, ist mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehbar. In logischer Konsequenz der Argumente müssten die Fraktionen der CDU und der SPD im Ortsbeirat 6 die geplante RTW vollständig ablehnen. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass das Nordwest-Zentrum auf Frankfurter Stadtgebiet liegt und das MTZ nun mal nicht. Dass das MTZ als ein großer Wirtschaftsfaktor für die gesamte Region – unabhängig von Stadt- oder Kreisgrenzen – eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen sichert und darüber hinaus nicht nur – aber insbesondere – für Jugendliche durch das Kinopolis eine vernünftige Freizeiteinrichtung bietet, dürfte unbestritten sein.

Mit der Keule „Kirchturmpolitik“ werden gerne Argumente engagierter Bürgerinnen und Bürger von Seiten der Politik abgestempelt und ignoriert. Die vom Ortsbeirat 6 mit den Stimmen der CDU und der SPD abgelehnte Alternativprüfung ist wahre Kirchturmpolitik und zwar vom Feinsten.

Manfred Koch

Sprecher der Bürgerinitiative Regionaltangente West, Sossenheim

TaunusZeitung 15.11.2006

RTW: Es geht los

Frankfurt. Ende 2008 soll das Planfeststellungsverfahren für die Regionaltangente West (RTW) eingeleitet werden. Der Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) hat gestern beschlossen, bis zu sechs Millionen Euro für die Planung bereitzustellen. Die schätzungsweise 360 Millionen Euro teure Schienenstrecke, die von Bad Homburg und dem Nordwestzentrum über Höchst und den Flughafen nach Neu-Isenburg führt, soll 2016, spätestens aber 2019 fertig sein.

Das Land übernimmt von den Planungskosten einen festen Anteil in Höhe von drei Millionen Euro. Den Rest teilen sich die Städte und Landkreise, die im Einzugsgebiet der S-Bahn liegen. Beteiligt sind auch Kommunen, die nicht direkt von der RTW profitieren. Zur Aufteilung hat der RMV ein kompliziertes Modell entwickelt, das sich an den Verkehrsbeziehungen orientiert. Nach Informationen der dieser Zeitung entfällt auf Frankfurt ein Anteil von rund 40 Prozent, das wären bis zu 1,2 Millionen Euro. Bisher hat die Stadt allerdings noch kein Geld in den Haushalt eingestellt. „Wir wussten nicht, wie hoch die Planungskosten sein werden“, sagte gestern Klaus Pape, Büroleiter von Verkehrsdezernent Lutz Sikorski (Grüne). Da der Magistrat den Entwurf nicht mehr verändern könne, rechne er damit, dass bei den anstehenden Haushaltsberatungen eine Fraktion beantragen werde, die nötige Summe in das Budget aufzunehmen. Hochtaunus-Landrat Ulrich Krebs und Bad Homburgs Oberbürgermeisterin Ursula Jungherr (beide CDU) hatten Sikorski in der vergangenen Woche wegen der „Nullnummer“ im Haushalt scharf kritisiert. (mu)